

Unless otherwise agreed in a writing signed by an authorized representative of a member of the Reichhold Group of companies, the following terms and conditions of sales apply to all sales by Reichhold GmbH.

Allgemeine Verkaufs- und Lieferbedingungen der kunststoffverarbeitenden Industrie (AGB der KVI)

Unverbindliche Konditionenempfehlung des Gesamtverbandes kunststoffverarbeitende Industrie e.V.
vom 29. April 2002

Die nachstehenden Allgemeinen Verkaufs- und Lieferbedingungen für die kunststoffverarbeitende Industrie werden vom Gesamtverband kunststoffverarbeitende Industrie e.V., Frankfurt, unverbindlich empfohlen. Es bleibt daher den Verbandsmitgliedern und ihren Vertragspartnern unbenommen, abweichende Geschäftsbedingungen zu verwenden.

Geltungsbereich

Nachstehende Bedingungen gelten nur gegenüber Unternehmern, juristischen Personen des öffentlichen Rechts oder einem öffentlich rechtlichen Sondervermögen.

I. Anwendung

1. Aufträge werden erst durch die Auftragsbestätigung des Lieferers verbindlich. Änderungen und Ergänzungen sollen in Textform erfolgen. Alle Angebote sind freibleibend, soweit sie nicht als Festangebote bezeichnet sind.
2. Diese Bedingungen gelten bei ständigen Geschäftsbeziehungen auch für künftige Geschäfte, bei denen nicht ausdrücklich auf sie Bezug genommen ist, sofern sie dem Besteller bei einem früher vom Lieferer bestätigten Auftrag zugegangen sind.
3. Geschäftsbedingungen des Bestellers gelten nicht, es sei denn, dass sie vom Lieferer ausdrücklich anerkannt werden.
4. Sollten einzelne Bestimmungen unwirksam sein oder werden, so werden die übrigen Bedingungen hiervon nicht berührt.

II. Preise

1. Die Preise gelten im Zweifel ab Werk ausschließlich Fracht, Zoll, Einfuhrnebenabgaben und Verpackung zuzüglich Mehrwertsteuer in gesetzlicher Höhe.
2. Ändern sich nach Abgabe des Angebotes oder nach Auftragsbestätigung bis zur Lieferung die maßgebenden Kostenfaktoren wesentlich, so werden sich Lieferer und Besteller über eine Anpassung der Preise und der Kostenanteile für Formen verständigen.
3. Ist die Abhängigkeit des Preises vom Teilgewicht vereinbart, ergibt sich der endgültige Preis aus dem Gewicht der freigegebenen Ausfallmuster.
4. Der Lieferer ist bei neuen Aufträgen (= Anschlußaufträgen) nicht an vorhergehende Preise gebunden.

III. Liefer- und Abnahmepflicht

1. Lieferfristen beginnen nach Eingang aller für die Ausführung des Auftrages erforderlichen Unterlagen, der Anzahlung und der rechtzeitigen Materialbestellungen, soweit diese vereinbart wurden. Mit Meldung der Versandbereitschaft gilt die Lieferfrist eingehalten, wenn sich die Versendung ohne Verschulden des Lieferers verzögert oder unmöglich ist.
2. Wird eine vereinbarte Lieferfrist infolge eigenen Verschuldens des Lieferers nicht eingehalten, so ist, falls er nicht grob fahrlässig oder vorsätzlich gehandelt hat, unter Ausschluß weiterer Ansprüche der Besteller nach Ablauf einer angemessenen Nachfrist berechtigt, eine Verzugsentschädigung zu fordern oder vom Vertrag zurückzutreten. Die Verzugsentschädigung ist auf höchstens 5% desjenigen Teils der Lieferung begrenzt, der nicht vertragsgemäß erfolgt ist. Ein Rücktritt ist ausgeschlossen, wenn sich der Besteller selbst in Annahmeverzug befindet. Dem Besteller bleibt der Nachweis eines höheren Schadens vorbehalten.
3. Angemessene Teillieferungen sowie zumutbare Abweichungen von den Bestellmengen bis zu plus/minus 10% sind zulässig.
4. Bei Abrufaufträgen ohne Vereinbarung von Laufzeit, Fertigungslosgrößen und Abnahmetermeninen kann der Lieferer spätestens drei Monate nach Auftragsbestätigung eine verbindliche Festlegung hierüber verlangen. Kommt der Besteller diesem Verlangen nicht innerhalb von drei Wochen nach, ist der Lieferer berechtigt, eine zweiwöchige Nachfrist zu setzen und nach deren Ablauf vom Vertrag zurückzutreten und/oder Schadensersatz zu fordern.
5. Erfüllt der Besteller seine Abnahmepflichten nicht, so ist der Lieferer, unbeschadet sonstiger Rechte nicht an die Vorschriften über den Selbsthilfeverkauf gebunden, kann vielmehr den Liefergegenstand nach vorheriger Benachrichtigung des Bestellers freihändig verkaufen.
6. Ereignisse höherer Gewalt berechtigen den Lieferer, die Lieferung um die Dauer der Behinderung und einer angemessenen Anlaufzeit hinauszuschieben, oder wegen des noch nicht erfüllten Teiles vom Vertrag ganz oder teilweise zurückzutreten. Der höheren Gewalt stehen Streik, Aussperrung oder unvorhersehbare, unvermeidbare Umstände, z. B. Betriebsstörungen, gleich, die dem Lieferer die rechtzeitige Lieferung trotz zumutbarer Anstrengungen unmöglich machen; den Nachweis darüber hat der

Lieferer zu führen. Dies gilt auch, wenn die vorgenannten Behinderungen während eines Verzuges oder bei einem Unterlieferanten eintreten.

Der Besteller kann den Lieferer auffordern, innerhalb von zwei Wochen zu erklären, ob er zurücktreten will, oder innerhalb einer angemessenen Nachfrist liefern will. Erklärt er sich nicht, kann der Besteller vom nicht erfüllten Teil des Vertrages zurücktreten.

Der Lieferer wird den Besteller unverzüglich benachrichtigen, wenn ein Fall höherer Gewalt, wie in Absatz 1 ausgeführt, eintritt. Er hat Beeinträchtigungen des Bestellers so gering wie möglich zu halten, ggf. durch Herausgabe der Formen für die Dauer der Behinderung.

IV. Verpackung, Versand, Gefahrenübergang und Annahmeverzug

1. Sofern nicht anders vereinbart, wählt der Lieferer Verpackung, Versandart und Versandweg.
2. Die Gefahr geht auch bei frachtfreier Lieferung mit dem Verlassen des Lieferwerkes auf den Besteller über. Bei vom Besteller zu vertretenden Verzögerungen der Absendung geht die Gefahr bereits mit der Mitteilung der Versandbereitschaft über.
3. Auf schriftliches Verlangen des Bestellers wird die Ware auf seine Kosten gegen von ihm zu bezeichnende Risiken versichert.

V. Eigentumsvorbehalt

1. Die Lieferungen bleiben Eigentum des Lieferers bis zur Erfüllung sämtlicher dem Lieferer gegen den Besteller zustehender Ansprüche, auch wenn der Kaufpreis für besonders bezeichnete Forderungen bezahlt ist. Bei laufender Rechnung gilt das vorbehaltene Eigentum an den Lieferungen (Vorbehaltware) als Sicherung für die Saldorechnung des Lieferers. Wird im Zusammenhang mit der Bezahlung des Kaufpreises eine wechselseitige Haftung des Lieferers begründet, so erlischt der Eigentumsvorbehalt nicht vor Einlösung des Wechsels durch den Käufer als Bezogenem.
2. Eine Be- oder Verarbeitung durch den Besteller erfolgt unter Ausschluß des Eigentumserwerbs nach § 950 BGB im Auftrag des Lieferers; dieser wird entsprechend dem Verhältnis des Netto-Fakturenwerts seiner Ware zum Netto-Fakturenwert der zu be- oder verarbeitenden Ware Miteigentümer der so entstandenen Sache, die als Vorbehaltware zur Sicherstellung der Ansprüche des Lieferers gemäß Absatz 1 dient.
3. Bei Verarbeitung (Verbindung/Vermischung) mit anderen, nicht dem Lieferer gehörenden Waren durch den Besteller gelten die Bestimmungen der §§ 947, 948 BGB mit der Folge, daß der Miteigentumsanteil des Lieferers an der neuen Sache nunmehr als Vorbehaltware im Sinne dieser Bedingungen gilt.
4. Die Weiterveräußerung der Vorbehaltware ist dem Besteller nur im gewöhnlichen Geschäftsverkehr und unter der Bedingung gestattet, daß er mit seinen Kunden ebenfalls einen Eigentumsvorbehalt gemäß den Absätzen 1 bis 3 vereinbart. Zu anderen Verfügungen über die Vorbehaltware, insbesondere Verpfändungen und Sicherheitsübereignung, ist der Besteller nicht berechtigt.
5. Für den Fall der Weiterveräußerung tritt der Besteller hiermit schon jetzt bis zur Erfüllung sämtlicher Ansprüche des Lieferers, die ihm aus der Weiterveräußerung entstehenden Forderungen und sonstigen berechtigten Ansprüchen gegen seine Kunden mit allen Nebenrechten an den Lieferer ab. Auf Verlangen des Lieferers ist der Besteller verpflichtet, dem Lieferer unverzüglich alle Auskünfte zu geben und Unterlagen auszuhändigen, die zur Geltendmachung der Rechte des Lieferers gegenüber den Kunden des Bestellers erforderlich sind.
6. Wird die Vorbehaltware vom Besteller nach Verarbeitung gemäß Absatz 2 und/oder 3 zusammen mit anderen dem Lieferer nicht gehörenden Waren weiterveräußert, so gilt die Abtretung der Kaufpreisforderung gemäß Absatz 5 nur in Höhe des Rechnungswertes der Vorbehaltware des Lieferers.
7. Übersteigt der Wert der für den Lieferer bestehenden Sicherheiten dessen Gesamtforderungen um mehr als 10%, so ist der Lieferer auf Verlangen des Bestellers insoweit zur Freigabe von Sicherungen nach Wahl des Lieferers verpflichtet.
8. Pfändungen oder Beschlagnahme der Vorbehaltware von dritter Seite sind dem Lieferer unverzüglich anzuzeigen. Daraus entstehende Interventionskosten gehen in jedem Fall zu Lasten des Bestellers, soweit sie nicht von Dritten getragen sind.
9. Falls der Lieferer nach Maßgabe vorstehender Bestimmungen von seinem Eigentumsvorbehalt durch Zurücknahme von Vorbehaltware Gebrauch macht, ist er berechtigt, die Ware freihändig zu verkaufen oder versteigern zu lassen. Die Geltendmachung des Eigentumsvorbehalts und insbesondere das Herausgabeverlangen stellen einen Rücktritt vom Vertrag dar. Die Rücknahme der Vorbehaltware erfolgt zu dem erzielten Erlös, höchstens jedoch zu den vereinbarten Lieferpreisen. Weitergehende Ansprüche auf Schadensersatz, insbesondere entgangenen Gewinn, bleiben vorbehalten.

VI. Mängelhaftung für Sachmängel

1. Maßgebend für Qualität und Ausführung der Erzeugnisse sind die Ausfallmuster, welche dem Besteller auf Wunsch vom Lieferer zur Prüfung vorgelegt werden. Der Hinweis auf technische Normen dient der Leistungsbeschreibung und ist nicht als Beschaffenheitsgarantie auszulegen.
2. Wenn der Lieferer den Besteller außerhalb seiner Vertragsleistung beraten hat, haftet er für die Funktionsfähigkeit und die Eignung des Liefergegenstandes nur bei ausdrücklicher vorheriger Zusicherung.
3. Mängelrügen sind unverzüglich schriftlich geltend zu machen. Bei versteckten Mängeln ist die Rüge unverzüglich nach Feststellung zu erheben. In beiden Fällen verjähren, soweit nichts anderes vereinbart, alle Mängelansprüche zwölf Monate nach Gefahrenübergang. Soweit das Gesetz gem. § 438 Abs. 1 Nr. 2 BGB, 479 Abs. 1 BGB und § 634a Abs. 1 Nr. 2 BGB längere Fristen zwingend vorschreibt, gelten diese.
4. Bei begründeter Mängelrüge - wobei die vom Besteller schriftlich freigegebenen Ausfallmuster die zu erwartende Qualität und Ausführung bestimmen - ist der Lieferer zur Nacherfüllung verpflichtet. Kommt er dieser Verpflichtung nicht innerhalb angemessener Frist nach oder schlägt eine Nachbesserung trotz wiederholten Versuchs fehl, ist der Besteller berechtigt, den Kaufpreis zu mindern oder vom Vertrag zurückzutreten. Weitergehende Ansprüche, insbesondere Aufwendungsersatz- oder Schadensersatzansprüche wegen Mangel- oder Mangelfolgeschäden, bestehen nur im Rahmen der Regelungen zu VII. Ersetzte Teile sind auf Verlangen an den Lieferer unfrei zurückzusenden.
5. Eigenmächtiges Nacharbeiten und unsachgemäße Behandlung haben den Verlust aller Mängelansprüche zur Folge. Nur zur Abwehr unverhältnismäßig großer Schäden oder bei Verzug der Mängelbeseitigung durch den Lieferer ist der Besteller berechtigt, nach vorheriger Verständigung des Lieferers nachzubessern und dafür Ersatz der angemessenen Kosten zu verlangen.
6. Verschleiß oder Abnutzung durch vertragsgemäßen Gebrauch zieht keine Gewährleistungsansprüche nach sich.
7. Rückgriffsansprüche gem. §§ 478, 479 BGB bestehen nur, sofern die Inanspruchnahme durch den Verbraucher berechtigt war und nur im gesetzlichen Umfang, nicht dagegen für nicht mit dem Lieferer abgestimmte Kulanzregelungen und setzen die Beachtung eigener Pflichten des Rückgriffsberechtigten, insbesondere die Beachtung der Rügeobliegenheiten, voraus.

VII. Allgemeine Haftungsbeschränkungen

In allen Fällen, in denen der Lieferer abweichend von den vorstehenden Bedingungen auf Grund vertraglicher oder gesetzlicher Anspruchsgrundlagen zum Schadens- oder Aufwendungsersatz verpflichtet ist, haftet er nur, soweit ihm, seinen leitenden Angestellten oder Erfüllungsgehilfen Vorsatz, grobe Fahrlässigkeit, oder eine Verletzung von Leben, Körper oder Gesundheit zur Last fällt. Unberührt bleibt die verschuldensunabhängige Haftung nach dem Produkthaftungsgesetz sowie die Haftung für die Erfüllung einer Beschaffenheitsgarantie. Unberührt bleibt auch die Haftung für die schuldhaft Verletzung wesentlicher Vertragspflichten; die Haftung ist insoweit jedoch außer in den Fällen des S. 1 auf den vorhersehbaren, vertragstypischen Schaden beschränkt. Eine Änderung der Beweislast zum Nachteil des Bestellers ist mit den vorstehenden Regelungen nicht verbunden.

VIII. Zahlungsbedingungen

1. Sämtliche Zahlungen sind in € (EURO) ausschließlich an den Lieferer zu leisten.
2. Falls nicht anders vereinbart, ist der Kaufpreis für Lieferungen oder sonstige Leistungen zahlbar mit 2% Skonto innerhalb 14 Tagen sowie ohne Abzug innerhalb 30 Tagen nach Rechnungsdatum. Eine Skontogewährung hat den Ausgleich aller früher fälligen, unstrittigen Rechnungen zur Voraussetzung. Für eventuelle Zahlungen mit Wechsel wird kein Skonto gewährt.
3. Bei Überschreitung des vereinbarten Zahlungstermines werden Zinsen in Höhe des gesetzlichen Zinssatzes von 8 Prozentpunkten über dem jeweiligen Basiszinssatz der EZB berechnet, sofern der Lieferer nicht einen höheren Schaden nachweist. Dem Besteller bleibt der Nachweis eines niedrigeren Schadens vorbehalten.
4. Die Ablehnung von Schecks oder Wechseln bleibt vorbehalten. Schecks und rediskontfähige Wechsel werden nur erfüllungshalber angenommen, sämtliche damit verbundenen Kosten gehen zu Lasten des Bestellers.
5. Der Besteller kann nur aufrechnen oder ein Zurückbehaltungsrecht geltend machen, wenn seine Forderungen unbestritten oder rechtskräftig festgestellt sind.
6. Die nachhaltige Nichteinhaltung von Zahlungsbedingungen oder Umständen, welche ernste Zweifel an der Kreditwürdigkeit des Bestellers begründen, haben die sofortige Fälligkeit aller Forderungen des Lieferers zur Folge. Darüber hinaus ist der Lieferer in diesem Fall berechtigt, für noch offenstehende Lieferungen Vorauszahlungen zu verlangen sowie nach erfolglosem Ablauf einer angemessenen Frist vom Vertrag zurückzutreten.

IX. Formen (Werkzeuge)

1. Der Preis für Formen enthält auch die Kosten für einmalige Bemusterung, nicht jedoch die Kosten für Prüf- und Bearbeitungsvorrichtungen sowie für vom Besteller veranlaßte Änderungen. Kosten für weitere Bemusterungen, die der Lieferer zu vertreten hat, gehen zu seinen Lasten.
2. Sofern nicht anders vereinbart, ist und bleibt der Lieferer Eigentümer der für den Besteller durch den Lieferer selbst oder einen von ihm beauftragten Dritten hergestellten Formen. Formen werden nur für Aufträge des Bestellers verwendet, solange der Besteller seinen Zahlungs- und Abnahmeverpflichtungen nachkommt. Der Lieferer ist nur dann zum kostenlosen Ersatz dieser Formen verpflichtet, wenn diese zur Erfüllung einer dem Besteller zugesicherten Ausbringungsmenge erforderlich sind. Die Verpflichtung des Lieferers zur Aufbewahrung erlischt zwei Jahre nach der letzten Teile-Lieferung aus der Form und vorheriger Benachrichtigung des Bestellers.
3. Soll vereinbarungsgemäß der Besteller Eigentümer der Formen werden, geht das Eigentum nach vollständiger Zahlung des Kaufpreises für sie auf ihn über. Die Übergabe der Formen an den Besteller wird durch die Aufbewahrung zugunsten des Bestellers ersetzt. Unabhängig von dem gesetzlichen Herausgabeanspruch des Bestellers und von der Lebensdauer der Formen ist der Lieferer bis zur Beendigung des Vertrages zu ihrem ausschließlichen Besitz berechtigt. Der Lieferer hat die Formen als Fremdeigentum zu kennzeichnen und auf Verlangen des Bestellers auf dessen Kosten zu versichern.
4. Bei bestellereigenen Formen gemäß Absatz 3 und/oder vom Besteller leihweise zur Verfügung gestellten Formen beschränkt sich die Haftung des Lieferers bezüglich Aufbewahrung und Pflege auf die Sorgfalt wie in eigenen Angelegenheiten. Kosten für die Wartung und Versicherung trägt der Besteller. Die Verpflichtungen des Lieferers erlöschen, wenn nach Erledigung des Auftrages und entsprechender Aufforderung der Besteller die Formen nicht binnen angemessener Frist abholt. Solange der Besteller seinen vertraglichen Verpflichtungen nicht in vollem Umfange nachgekommen ist, steht dem Lieferer in jedem Fall ein Zurückbehaltungsrecht an den Formen zu.

X. Materialbestellungen

1. Werden Materialien vom Besteller geliefert, so sind sie auf seine Kosten und Gefahr mit einem angemessenen Mengenzuschlag von mindestens 5% rechtzeitig und in einwandfreier Beschaffenheit anzuliefern.
2. Bei Nichterfüllung dieser Voraussetzungen verlängert sich die Lieferzeit angemessen. Außer in Fällen höherer Gewalt trägt der Besteller die entstehenden Mehrkosten auch für Fertigungsunterbrechungen.

XI. Gewerbliche Schutzrechte und Rechtsmängel

1. Hat der Lieferer nach Zeichnungen, Modellen, Mustern oder unter Verwendung von beigestellten Teilen des Bestellers zu liefern, so steht der Besteller dafür ein, daß Schutzrechte Dritter im Bestimmungsland der Ware hierdurch nicht verletzt werden. Der Lieferer wird den Besteller auf ihm bekannte Rechte hinweisen. Der Besteller hat den Lieferer von Ansprüchen Dritter freizustellen und den Ersatz des entstandenen Schadens zu leisten. Wird diesem die Herstellung oder Lieferung von einem Dritten unter Berufung auf ein ihm gehöriges Schutzrecht untersagt, so ist der Lieferer - ohne Prüfung der Rechtslage - berechtigt, die Arbeiten bis zur Klärung der Rechtslage durch den Besteller und den Dritten einzustellen. Sollte dem Lieferer durch die Verzögerung die Weiterführung des Auftrages nicht mehr zumutbar sein, so ist er zum Rücktritt berechtigt.
2. Dem Lieferer überlassene Zeichnungen und Muster, die nicht zum Auftrag geführt haben, werden auf Wunsch zurückgesandt; sonst ist er berechtigt, sie drei Monate nach Abgabe des Angebotes zu vernichten. Diese Verpflichtung gilt für den Besteller entsprechend. Der zur Vernichtung Berechtigte hat den Vertragspartner von seiner Vernichtungsabsicht rechtzeitig vorher zu informieren.
3. Dem Lieferer stehen die Urheber- und ggf. gewerbliche Schutzrechte, insbesondere alle Nutzungs- und Verwertungsrechte an den von ihm oder von Dritten in seinem Auftrag gestalteten Modellen, Formen und Vorrichtungen, Entwürfen und Zeichnungen zu.
4. Sollten sonstige Rechtsmängel vorliegen, gilt für diese Nr. VI. entsprechend.

XII. Erfüllungsort und Gerichtsstand

1. Erfüllungsort ist der Ort des Lieferwerkes.
2. Gerichtsstand ist nach Wahl des Lieferers dessen Firmensitz oder der Sitz des Bestellers auch für Urkunden-, Wechsel- und Scheckprozesse.
3. Es gilt ausschließlich deutsches Recht. Die Anwendung des Übereinkommens der Vereinten Nationen vom 11. April 1980 über Verträge über den nationalen Warenkauf (BGBl 1989 S. 586) für die Bundesrepublik Deutschland (BGBl 1990 S. 1477) ist ausgeschlossen.

General Sales and Delivery Conditions of the Plastics Processing Industry (GBC of the PPI)

A non-binding recommendation governing general business conditions of members of the
National Association of Plastics Processors Inc. Issued 29 April 2002

The following non-binding sales and delivery conditions governing members of the plastics processing industry are recommended by the Gesamtverband der Kunststoffverarbeitenden Industrie e.V. (National Association of Plastics Processors Inc), Frankfurt. Association members and their contract partners are free to make use of other and alternative terms of business.

Scope

The following conditions are applicable only to business persons, legal entities under public law or of public utilities.

I. Applicability

1. Orders become binding only after the supplier has confirmed the order. Variations and additions to the tender shall be made in writing. All offers and tenders are subject to alterations, unless they are explicitly marked as fixed.
2. These terms are valid in respect to on-going business and also future business, even if not expressly referred to, as long as the supplier has been advised of these terms at the occasion of a previously agreed to contract.
3. Any terms of business on the part of the customer are not applicable unless expressly accepted by the supplier.
4. Should a particular term be or become null and void, the remaining terms are unaffected.

II. Prices

1. Prices are considered to be ex works, excluding freight, customs, import duties and packing, plus VAT, applied at the legally proscribed rate.
2. Should relevant prices vary considerably after posting of the tender or confirmation of the order prior to delivery, customer and supplier shall consult each other and agree to a price variation and apportioning of the costs for forms and tooling.
3. The final price shall be calculated by weight of inspected and released parts if the agreed method of price determination is by weight of parts.
4. The supplier is not bound to previous prices in subsequent orders (follow-up orders).

III. Delivery and Reveal

1. Delivery schedules commence with the receipt of all necessary documentation, down payment or the timely provision of materials, if such were agreed to. The supply deadline is considered fulfilled upon receipt of the delivery advice note, even when the actual delivery is delayed or has become impossible as long as the supplier does not cause the delay.
2. If a delivery deadline is not kept due to remiss action by the supplier, but not due to gross negligence or intent, the customer is entitled to seek compensation due to the delay or rescind the contract, excluding further demands of the customer after an appropriate extension. Compensation due to delays is limited to no more than 5% of the delayed portion of the contracted scheduled delivery. A cancellation of the contract is excluded if the delay is due to acceptance delays by the customer. The customer retains the right to sue for higher damages.
3. Adequate part delivery as well as reasonable variation of order quantities up to plus/minus 10% shall be deemed acceptable.
4. The supplier may demand a firm commitment to on-call contract periods, manufacturing quantities and delivery schedules three months after receipt of an order at the latest. Should the customer not comply to make such commitments within 3 weeks, the supplier is entitled, after a further extension of two weeks, to withdraw from the contract after expiration of the latest deadline and/or demand compensation.
5. The supplier is not bound by any regulation regarding re-sale and may freely dispose of any items of delivery after prior notification of the customer, regardless of any other rights or regulations governing disposal sales, if the customer fails to duly receive the said items.
6. The supplier may delay delivery because of an act of God for the duration of the difficulties including an appropriate time for a return to normality, or in the case of non-completion of a delivery rescind the contract wholly or in part. As acts of God qualify strikes, lockouts or unforeseeable and unavoidable situations, such as breakdowns, which, notwithstanding all reasonable efforts, render on-time delivery by the supplier impossible; however, the supplier must prove such delays. This also is the case when the aforementioned delays occur after previous delays or when delays occur with a sub-contractor. The customer may request the supplier to declare within two weeks whether a cancellation of the contract or a late delivery is appropriate.

If the supplier does not respond to the request the customer may rescind the remaining, not yet completed part of the contract.

The supplier shall inform the customer without delay when an Act of God, as defined in clause 1 has occurred. The supplier is obliged to minimize the inconvenience to the customer, if necessary he may have to hand over the forms and tooling for the duration of the obstruction.

IV. Packing, Despatch, Risk Transfer and Acceptance Delays

1. If not specified differently, the supplier chooses packing, mode of transport and transport route.
2. The transport risk transfers to the customer upon goods leaving the works, even if delivery is free ex works. If the customer delays a delivery, the risk already transfers to the customer after the issue of the despatch advice note.
3. When requested in writing by the customer the goods will be insured at cost to the customer for the risk coverage requested.

V. Reserved Ownership

1. Deliveries remain the property of the supplier until all claims of the supplier on the customer have been met; even when the purchase price for specially marked claims has been met. For account customers the reserved property rights to the delivered goods (reserved ownership goods) are in force as security for the supplier until the balance has been paid in full. If payments are made by means of a bill of exchange, then reserved ownership is not transferred until the bill of exchange has been cleared.
2. Further processing or treatment of supplied goods by the customer may only be carried out by excluding the ownership rights of the customer according to § 950 BGB (Federal common Law of Germany) as contracted by the supplier. The supplier becomes co-owner of the thus produced goods to the proportional value of the net manufacturing cost to the net post-manufacturing processed cost of the thus produced goods, which serve as reserved ownership goods to secure the property claims of the supplier as per clause 1.
3. Further processing (in combination or addition) by the customer with other goods not owned by the supplier, §§ 947, 948 BGB (Federal common Law of Germany) are applicable, resulting in proportional co-ownership by the supplier in the resulting goods, which are now considered reserved ownership goods.
4. The re-sale of reserved ownership goods by the customer is only permissible as part of normal commercial practise and on condition that the customer reaches an agreement with the supplier regarding reserved ownership goods as defined in clauses 1 to 3. The customer is not entitled to take any other action in respect of reserved ownership goods, in particular pawning, mortgaging or using the goods as security.
5. The customer relinquishes herewith all claims, which may result from the re-sale of goods and all other justifiable claims, including associate rights on his customers to the supplier. The customer is duty-bound to inform the supplier immediately and supply all necessary documentation to secure the rights of the supplier against the customers of the customer.
6. When reserved property is re-sold by the customer after further processing action in combination or addition with other goods, not owned by the supplier, as outlined in clause 2 and 3 above the customer cedes all purchase price claims according to clause 5 to the account value of the reserved ownership goods of the supplier.
7. Should the value of the securities held by the supplier exceed the total billed value of the goods by more than 10% the supplier must release such securities to a commensurate value; the supplier may nominate the securities to be released.
8. The supplier must be notified without delay of any confiscation or seizure of reserved ownership goods by a third party. All associated costs due to such intervention are to be born by the customer in as much as costs are not born by third parties.
9. Should the supplier, taking action according to the above clauses, make use of his right to take back the reserved ownership goods, the supplier is entitled to an unencumbered sale or auction of said goods. Laying claim to restricted ownership property and in particular the a request of surrender represents a cancellation of the contract. The value of the returned reserved ownership goods shall be as sold or auctioned and no higher than the agreed contract price. Further claims for compensation, in particular compensation for loss of earnings, are reserved.

VI. Warranty for Material Defects

1. Relevant for the quality and finish of all goods are the extrusion samples, which the customer makes available to the supplier for examination and

reference as requested. Any reference to technical standards is an aid to define product quality and is not to be interpreted as a definition of product integrity.

- When the supplier has advised the customer beyond his contractual obligation, he only warrants the functionality and suitability of the supplied goods after prior express assurance.
- Defects are to be notified without delay, hidden defects are to be noted immediately after discovery. In either case the warranty only extends to one year after risk transfer, unless agreed to differently or if the statutory limit of § 438 para. 1 clause 2, § 479 para. 1 and § 634a para. 1 clause 2 of the German Common Law (BGB) proscribes longer warranty periods as mandatory.
- The supplier must re-supply if the warranty claims are found to be justified - in which case the production samples released by the customer determine the expected quality and finish. The customer is entitled to reduce the purchase price or rescind the contract if the supplier does not fulfil his duty to re-supply within a reasonable period or replacements fail repeatedly. Further claims, in particular claims for loss or damages due to defective supplies or subsequent resulting damages are regulated by section VII. Replaced parts are to be returned to the supplier at his request and cost.
- Unauthorized re-working and improper handling of defective parts result in the loss of any right to claims for compensation due to defective parts. The customer is entitled, after prior consultation with the supplier, to repair defective parts to avoid much larger damage or if the supplier fails to make good the defects and to demand compensation for appropriate costs.
- Normal wear and tear caused by contractual usage does not imply any rights to make warranty claims.
- Rights to referred warranty provisions according to §§ 478, 479 of Federal Common Law (BGB) only allow the consumer to make claims within the scope of the legislation and do not regulate the understanding of good will provisions with the supplier and assume that any party with referred warranty rights will duly observe their duty, in particular the duty to report defects.

VII. General Limitations of Liability

In all cases, which differ from the conditions outlined above, and to which the supplier is obligated by reason of contractual or legal liability to pay compensation or reimbursement, his liability is limited only to cases in which he, his employees or sub-contractors are guilty of culpable intent, gross negligence or injury to life, limb and health. The statutory product warranty is unaffected independent of any blame as well as any liability in respect of the legal fulfilment in regard of any product integrity warranty; as is the liability for culpable negligence of major contractual duties and obligations, which are, however, limited to typical damages as may be predicted in such contract situations, except for cases outlined in clause 1 above. However, the above rule does not imply a reversal of the onus of proof, putting the customer at a disadvantage.

VIII. Payment

- Payment is to be made in € (EURO) and is to go solely to the supplier.
- In the absence of a different arrangement the purchase price for supplies or other services is to be paid applying a discount of 2% within 14 days, net within 30 days from the billing date. Any discount applied presupposes the due settlement of all undisputed outstanding previous accounts. Any payment made by cheque does not attract a discount.
- Payments made on accounts in arrear attract an interest charge of 8 percentage points over and above the applicable base rate of the ECB, unless the supplier proves higher damages. The customer may prove lower damages.
- Payment by cheque or notes of exchange may be refused. If cheques or re-discountable bills of exchange are accepted as due payment all associated bank charges are to be met by the customer.
- The customer may offset an account or use his right of retention only if his claims are indisputable or established in law.
- Sustained non-compliance with conditions of payment or circumstances, which raise serious doubts as to the credit worthiness of the customer, will result in claims for all payments becoming due immediately. In this case the supplier is also entitled to demand pre-payment for all outstanding deliveries and even to cancel the contract if an appropriate deadline has not been kept.

IX. Forms (Tooling)

- The price for tooling also contains the once-off costs for the making of patterns, but does not contain the costs for test and processing procedures, nor costs incurred by customer initiated alterations. Any further patterns required by the supplier are at his own costs.

- The supplier has and retains ownership of all tooling made by the supplier for the customer or by a contracted third party, unless agreed to differently. The tooling is only to be used for contracts of the customer for as long as the customer discharges his payment and receive obligations promptly. The supplier is obliged to replace the tooling free of charge only when the required production quantity necessitates its replacement. The supplier's requirement to store the tooling is extinguished two years after the last delivery of parts produced with the said tooling and after the customer has been duly notified.
- As per contract, forms and tooling become the property of the customer after full payment of their purchase price. The transfer of forms and tooling to the customer is replaced by the storage of the said forms and tooling with the supplier in favour of the customer. Independent of the legal right of surrender the customer has, and the life of the forms and tooling the supplier is entitled to exclusive possession and use of same until the end of the contract period. The supplier must mark forms and tooling as 'outside property' and insure said property at the customer's request and expense.
- The liability of the supplier in respect of storage and care and maintenance of forms and tooling owned by the customer as per clause 3 above or forms and tooling loaned by the customer to the supplier is restricted to like treatment of proprietary property. Costs incurred in care and maintenance and insurance are the responsibility of the customer. The obligations of the supplier cease when, after completion of the contract and a corresponding request by the supplier, the customer fails to collect the forms and tooling within an appropriate period. The supplier has the right to withhold forms and tooling as long as the customer has not complied with his contractual duties to the fullest extent.

X. Supply of Materials

- When the customer supplies production materials, said materials are to be delivered at the customer's own cost and risk, on time and in good order and in quantities in excess of at least 5%.
- If the above provision is not complied with, the delivery deadline shall slip accordingly. The customer has to bear any additional costs, including extra costs incurred due to breaks in production, except in the case of an act of God.

XI. Commercial Protection and Legal Limitation

- For all deliveries based on models, patterns or parts supplied by the customer the customer guarantees that the commercial rights of third parties in the country for which the goods are being manufactured are not injured. The supplier will advise the customer of any rights known to him. The customer has to release the supplier from any claims of a third party and pay compensation for any resulting damage. The supplier is entitled to stop all work - without any further examination of the legal position - until the legal position has been clarified by the customer and the third party involved after an injunction covering the supply or production of the goods to protect the commercial rights of the third party has been issued. If the continuation of the contract should become untenable to the supplier, the supplier may rescind the contract.
- Any drawings and patterns that had been made available to the supplier, but did not eventuate in a contract will be returned if requested; else the supplier is entitled to destroy the same three month after the issue of the quote or tender. The same obligation applies to the customer. The party entitled to dispose by destruction must inform the other party of the intention prior to doing so and in good time.
- The supplier retains all copyrights and applicable rights to commercial protection, in particular the rights of utilization and exploitation (usufruct) of models, forms, tooling, designs and drawings made by him or for him under contract by a third party.
- For all other legal product limitations section VI applies.

XII. Production and Legal Venues

- The production venue is the works of the supplier.
- The legal venue, including matters such as deeds, notes of exchange or cheques, is the local court of the supplier or customer by choice of the supplier.
- Only German law applies. The application of the United Nations convention of 11 April 1980 on contracts for the international sale of goods (BGBI 1989 S. 586) as it applies to the Federal Republic of Germany (BGBI 1990 S. 1477) is not valid.